

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33 327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.



Sächsische Schweiz

Tagezeitung für die Landgemeinden Altenborn, Kleingiechhübel, Kleinhennerdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Siele, Inh. Walter Siele. Verantwortlich: Walter Siele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“
„Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage.

Richter erscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 141

Bad Schandau, Freitag, den 19. Juni 1931

75. Jahrgang

Unklarheit der Mächte über Deutschlands Lage

Die Unmöglichkeit der Tributfinanzierung.

Von Dr. Richard von Kühlmann,
Staatssekretär des Auswärtigen a. D.

Zu keinen Zeiten hat eine Krise derartige Ausmaße angenommen wie die gegenwärtige Wirtschaftskrise, unter der alle Völker, große wie kleine, leiden. Begreiflicherweise konnte der Sturm, der über die ganze Welt segte, nicht alle Staaten gleichmäßig treffen. Einige wurden in ihren Grundfesten erschüttert, andere weniger in Mitleidenschaft gezogen, da sie sich günstigerer wirtschaftlicher Verhältnisse erfreuten und über in Jahrhunderten angesammelte Rücklagen verfügten. Unter allen von der Krise betroffenen Ländern hat Deutschland, wie ohne weiteres einleuchtet, eine besonders schwere Last zu schleppen, und Reichkanzler Brüning steht daher vor einer ungewöhnlich schwierigen Aufgabe. Der öffentlichen Meinung des Auslandes ist dies indessen noch nicht mit hinreichender Deutlichkeit klar geworden.

Vor kurzem meldete eine Kabelnachricht, daß Staatssekretär Mellon 800 Millionen Dollars kurzfristige Anleihe zur Zeichnung aufgelegt habe. Das Ergebnis war außerordentlich günstig, denn der genannte Betrag wurde siebenfach überzeichnet. Zuverlässige Nachrichten aus Washington geben den Fehlbetrag des Staatshaushalts für das am 1. Juli endende Rechnungsjahr mit rund einer Milliarde Dollar an, woraus erhellt, daß auch das reichste Land der Erde erstaunlich empfindlich gegen wirtschaftliche Rückschläge ist. Man darf nicht vergessen, daß der Haushalt der Vereinigten Staaten keine Ausgaben für Sozialversicherung oder Arbeitslosenunterstützung kennt. Der riesige Fehlbetrag ist demnach entstanden, ohne daß ein einziger Dollar für soziale Zwecke ausgegeben wurde. Mit einer Erhöhung der Steuern zum Stoppen des Loches hat niemand gedacht, es wurde ausschließlich durch die Ausgabe von kurzfristigen Schatzwechseln gefüllt. Diese müssen im Laufe des kommenden Jahres aus einem gegebenenfalls sich einstellenden Aufschwung gedeckt werden.

Großbritannien, das zahlreiche Arbeitslose zählt, aber auch über erhebliche Summen für soziale Unterstützungen verfügt, muß für das laufende Jahr mit einem Fehlbetrag rechnen, der, wenn er auch weit unter dem der Vereinigten Staaten bleibt, doch beträchtlich genug sein dürfte. Abgesehen von der in Aussicht genommenen Steuer auf den Grundbesitz, die in naher Zukunft noch keine Erträge liefern dürfte, will man das Loch durch eine Erhöhung der kurzfristigen Verbindlichkeiten schließen.

Deutschland sieht sich einem Gesamtfehlbetrag gegenüber, der mit rund 880 Millionen weniger als ein Viertel des der Vereinigten Staaten ausmacht, von dem aber die Hälfte für die Schuldentilgung vorgemerkt ist. Man muß indes bedenken, daß wir den größten Teil des Jahres hindurch für etwa fünf Millionen Arbeitslose zu sorgen hatten und unsere sozialen Einrichtungen für die ganze Welt vorbildlich sind.

Deutschlands Lage ist besonders schwierig angesichts der Unmöglichkeit, lang- oder kurzfristige Staatsanleihen zu begeben, da sich für diese weder im In- noch im Auslande Käufer finden lassen. Es ist daher, um seinen Staatshaushalt auszugleichen, — zum vierten Male innerhalb eines Jahres — zur Anziehung der Steuerfahne und zur strengsten Ausgabenbeschränkung genötigt. Es muß diese äußersten Maßnahmen in einer Weltwirtschaftskrise anwenden, während keine der viel reicheren Länder an Ähnliches auch nur gedacht hat. Die Inflation in Verbindung mit dem Druck der Tribute machten es dem deutschen Geldmarkt unmöglich, der Reichskasse zu Hilfe zu kommen. Krieg, Revolution und Inflation haben nicht weniger als 200 Milliarden Mark deutsches Kapital vernichtet. Erst nach vielen Jahren werden wir uns von diesem fürchterlichen Schicksal erholen können. Unsere aus den Tributverpflichtungen sich ergebenden Verbindlichkeiten bilden die zweite, vielleicht die wichtigste Ursache für Deutschlands wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der Versuch, aus Deutschlands geschwächtem Wirtschaftskörper während einer Weltkrise nicht weniger als zwei Milliarden Goldmark jährlich herauszupressen, muß letzten Endes fehlschlagen. Reichkanzler Brüning vermag deutsche Staatsanleihen nicht unterzubringen, gleichwohl muß er unter allen Umständen einen Fehlbetrag im Haushalt vermeiden. Die unausbleibliche Folge ist die Anziehung der Steuerfahne bis zur äußersten Grenze des Möglichen.

Es liegt auf der Hand, daß ein derart hoher Steuerdruck bei dem Volke auf heftigen Widerstand stößt. Wollten die Vereinigten Staaten oder Großbritannien den Versuch machen, die riesigen Fehlbeträge dieses fürchterlichen Jahres durch plötzliche Einführung höherer Steuern zu decken, so wäre ein an Revolution grenzender Enttäuschungssturm die Folge. Nur ein Mann mit der Beharrlichkeit und den eisernen Nerven Brünings kann mit scheinbarer Ruhe einem derartigen Sturm trotzen.

Man braucht nicht über die Gabe des „Zweiten Gesichtes“ zu verfügen, um einzusehen, daß der Weg, dem Brünings-Kabinett heute folgt, an gefährlichen Klippen vorbeiführt. Man sollte ganz besonders im Auslande fernher nicht außer acht lassen,

daß eine ernste Krise in dem einen Lande auch auf die anderen vernichtende Folgen haben muß. Sobald die übrigen Staaten und die Finanzleute der Welt die Grundursachen von Deutschlands Schwierigkeiten erst einmal erkannt haben, mögen sie vielleicht noch ein Heilmittel finden. Dies könnte nur darin bestehen, daß für eine beträchtliche Zeit die Haushaltsausgabe für die Schuldentilgung auf etwa eine Milliarde Mark beschränkt wird, zugleich muß ein Weg mindestens für die unverzügliche Einschränkung der Tributzahlungen gefunden werden.

An Krisenzeiten verdient allein schon der gute Wille

danke, herzliche Zustimmung. Wenn jedoch ein derartiges Verständnis zu internationalem Zusammenschluß und Zusammenwirken führt, so könnten die Völker der Welt durch dauerhafte Bande aneinander gefesselt werden. Unleugbar bildete die Einladung nach Chequers einen aufrichtig gewürdigten Akt internationaler Höflichkeit. Vom Standpunkt der Völker wäre es zu begrüßen, wenn diese Zusammenkunft sich künftig als ein Mittel erwiese, die Bannträger der Kultur zu freundschaftlicher, ehrlicher Zusammenarbeit zu bringen, um so die Menschheit von dem schlimmsten Unrecht zu befreien.

Der Kampf geht weiter!

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 19. Juni.

Unter dem Vorsitz des Parteiführers Dingeldey besaßte sich eine Besprechung von Vertretern einer Reihe von Wahlkreisverbänden der DVp. mit den Motiven, aus denen heraus die Reichstagsfraktion den ursprünglich gefaßten Beschluß auf Einberufung des Reichstages am Montag ändernde. Vor allem sollte eine Klarstellung über die Abmachungen des Parteiführers mit dem Reichkanzler erfolgen. In der Öffentlichkeit waren nämlich Gerüchte verbreitet, daß einzelne Gruppen bzw. einzelne Abgeordnete aus der Fraktionsentscheidung vom Montag Konsequenzen zu ziehen gemillt seien. Diese Behauptungen werden von parteioffiziöser Seite als unrichtig bezeichnet.

Im übrigen kam in der Besprechung nach einem Bericht des Parteiführers Dr. Dingeldey eine Entschließung einstimmig zur Annahme, in der darauf hingewiesen wird, daß mit der Ablehnung der Reichstagsberufung die politische Entscheidung nur verschoben sei, daß der Kampf aber weitergehe. Im Ziel sei die Partei völlig einig. Dieses Ziel sei in den bindenden Abmachungen des Parteiführers mit dem Reichkanzler unzweideutig vorgezeichnet. Sie seien die Voraussetzung für die veränderte Stellungnahme der Reichstagsfraktion gewesen und müßten in kürzester Frist durchgeführt werden.

Die teure Krise

Berlin, 19. Juni.

Auf einer Funktionärtagung der Christlichen Gewerkschaften Berlins sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über den Kampf um die Notverordnung. Vor Erlass der Notverordnung konnte die Reichsregierung keine klare Sprache darüber führen, da sonst eine Panikmünze und

restlose Zerschlagung der Kredite eingetreten wäre. Die ausländischen Kreditgeber hätten nach dem Beschluß der Deutschen Volkspartei, daß der Reichstag einzuberufen sei, in kurzer Zeit rund eine Milliarde Reichsmark an Devisen abgezogen. Darauf seien Kreditkündigungen in Höhe von 2½ bis 3 Milliarden Reichsmark erfolgt. Der notwendige Deckungskredit, der mit den Banken schon vereinbart war, habe in Gefahr gestanden, weil die Banken erklärten, nicht mehr imstande zu sein, den in Aussicht gestellten Betrag aufzutreiben. Angesichts dieser Gefahren habe die Reichsregierung auf ihrem Geheißungswort bestehen müssen und die Einberufung des Reichstages oder des Haushaltsausschusses als gleichbedeutend mit ihrem Rücktritt erklären müssen, denn der gegenwärtige Reichstag sei zwar fähig, die Notverordnung und damit den ausgeglichenen Etat zu befeitigen, aber nicht fähig, an Stelle der Notverordnung etwas Besseres zu setzen. Die von der Reichsregierung geforderten Opfer seien hart, aber Staat und Wirtschaft Deutschlands seien schwer frant und keine Regierung käme um ein hartes Eingreifen herum. Durchgreifend könne die Notverordnung kaum geändert werden. Der Minister hoffe und erwarte aber, daß die Stunde wiederkommen werde, wo auf festem Boden in Staat und Wirtschaft weitergekämpft werden könne.

Keine Einladung zu einer Reichsreformkonferenz

München, 19. Juni.

Pressemitteilungen kündigten an, daß Reichkanzler Dr. Brüning die Ministerpräsidenten der Länder für die erste Juliwoche zu einer Besprechung über einen Reichsreformgeheimentwurf eingeladen habe. Eine solche Einladung ist, wie wir zuverlässig erfahren, nicht erfolgt; sie wird auch nicht erfolgen. Alle Nachrichten der letzten Tage von einer bevorstehenden Reichsreform sind nach Erkundigungen an maßgebender Stelle falsch.

Immer wieder Panzerschiffe

Flottendebatte in der französischen Kammer

Paris, 19. Juni.

In der Generalausprache der französischen Kammer über den Gesetzentwurf betreffend das zwischen dem 10. April 1931 und 10. April 1932 in Angriff zu nehmende Flottenbauprogramm drehte es sich hauptsächlich um den Bau des deutschen Panzerschiffes „Deutschland“. Das französische Flottenbauprogramm sieht den Bau eines 23 000-Tonnen-Linienschiffes, zweier Kreuzer von zusammen 7500 Tonnen und sechs Küstenwachtschiffen vor. Der erste Redner, der Abgeordnete Le Cour-Grandmaison, unterstrich die Notwendigkeit, daß Frankreich ein Linienschiff bauen müsse, das dem neuen Panzerschiff Deutschlands überlegen sei.

Ein 23 000-Tonnen-Schiff werde zwar, noch ehe sein Bau vollendet sei, überholt sein. Trotzdem werde er dafür stimmen.

In Genf sollte die Regierung die Begrenzung der Höchsttonnage der einzelnen Einheiten zu erreichen suchen, andernfalls müßte Frankreich die stärksten Schiffe bauen.

Der sozialistische Abgeordnete Auguste Reynaud wies darauf hin, daß man ein finanzielles Opfer von 1099 Millionen Francs verlange, um sechs Monate nach Beginn der großen Abrüstungskonferenz ein neues Schiff bauen zu können.

Der sozialistische Abgeordnete Herriot bezeichnete es als beunruhigend, daß Deutschland mit 10 000 Tonnen

einen Panzerkreuzer baue, der seinem Erfindergeist zur Ehre gereiche, den man nicht einholen könne und der stärker bestückt sei als größere Schiffe. Deutschland bringe ein neues Element in das Programm der Abrüstung. Die Frage, ob es nötig sei, ein 23 000-Tonnen-Schiff zu bauen, um einen vorteilhaften Ausgleich gegenüber einem deutschen 10 000-Tonnen-Kreuzer zu schaffen, vermochte Herriot nicht zu beantworten.

Die Kammer hat mit 391 gegen 196 Stimmen einen sozialistischen Antrag, die Beratung über das Flottenbauprogramm 1931/32 bis nach der allgemeinen Abrüstungskonferenz zu vertagen, abgelehnt und die Gesamtvorlage mit 410 gegen 168 Stimmen angenommen. In der Zeit vom 1. April 1931 bis 31. März 1932 werden somit auf Kiel gelegt werden ein Linienschiff und zwei Kreuzer zweiter Klasse, für deren Bau 500 Millionen Francs bewilligt worden sind.

Für eilige Leser.

* Die belgische Kammer hat die Vertrauens-tagesordnung für die neue Regierung mit 95 gegen 77 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

* Mellon hatte am 18. Juni mit Macdonald und Henderson eine einstündige Unterredung, an der auch Montague Norman teilnahm. Obwohl man versichert, daß sie einen inoffiziellen Charakter gehabt hat, glaubt man allgemein, daß die Reparationen, die Kriegsschuld und die allgemeine finanzielle Lage besprochen worden seien.